

DAS DOKUMENT

Zur deutschen Wirtschaftspolitik

Erklärung des DGB-Bundesvorstandes

1. Niemand ist an der Stabilität unserer Währung mehr interessiert als die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Rentner, die von Lohn, Gehalt oder Rente leben. Die Gewerkschaften treten sowohl für die Erhaltung der Kaufkraft der Arbeitnehmereinkommen ein als auch für den Schutz der vielen kleinen Sparer, deren geringe Sparguthaben durch eine Verschlechterung der Währung an Wert verlieren würden.

2. Die Gewerkschaften bedauern in Übereinstimmung mit dem Memorandum der Deutschen Bundesbank, daß insbesondere in der letzten Zeit durch willkürliche Preissteigerungen eine weitere Entwertung des Geldes herbeigeführt wurde. Es steht fest, daß oft hemmungslose Ausnutzung der Marktlage und bedenkenloses Gewinnstreben die Preise treiben. Die immer wieder von den Unternehmern aufgestellte Behauptung, daß die Löhne an den Preissteigerungen schuld sind, wird in dem Memorandum ausführlich widerlegt.

3. Die Bundesregierung muß in der gegenwärtigen Situation alles tun, um Preissenkungen durchzusetzen und dadurch die Währung

stabil zu halten. Sie hat dafür vor allem den Wettbewerb herzustellen, monopolistische Unternehmensformen zu unterbinden, die Handels- und Gewinnspannen zu verringern und eine liberale Einfuhrpolitik zu verfolgen.

4. Das Memorandum der Bundesbank bestätigt die Auffassung der Gewerkschaften, daß Steigerung der Produktivität nicht der Maßstab für Lohnerhöhungen sein kann. Lohnerhöhungen, die über die Produktivitätssteigerung hinausgehen, brauchen nicht zu Preissteigerungen zu führen, wenn sie in den Gewinnspannen aufgefangen werden.

5. Lohnerhöhungen und fortschreitende Arbeitszeitverkürzungen sind sozial gerechtfertigt und wirtschaftlich durchführbar. In den europäischen Industrieländern und den USA ist für einen großen Teil der Arbeitnehmer seit langem die 40-Stunden-Woche oder sogar eine kürzere Arbeitszeit eingeführt. Die bisherige Arbeitszeitverkürzung in der Bundesrepublik hat eindeutig bewiesen, daß gleichzeitig die Produktion erhöht werden konnte.

6. Ziel der gewerkschaftlichen Arbeit ist die ständige Erhöhung des Lebensstandards der Arbeitnehmer und ihre größere Beteiligung an den gemeinsam geschaffenen Werten unserer Volkswirtschaft. Diesem Ziel sind die Gewerkschaften jetzt — nach Abschluß der wirtschaftlichen Aufbauperiode — besonders verpflichtet.

Düsseldorf, den 4. Februar 1960